

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Kgl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Rtl. 15 Sgr., auswärts 1 Rtl. 20 Sgr. Inserionsgebühr 1 Sgr. pro Zeile oder deren Raum. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Ketemeyer, Kurstraße 50; in Leipzig: Heinrich Kühner; in Altona: Haafenstein & Vogler. J. Tüchtem in Hamburg.

Danziger Zeitung

Organ für West- und Ostpreußen.

Danziger Zeitung.

Das Abonnement pro Mai und Juni beträgt in der Stadt 1 Rtl. 5 Sgr., per Post 1 Rtl. 7½ Sgr. Bestellungen sind direct zu richten an die Expedition.

Ämtliche Nachrichten.

Bei dem Gymnasium zu Lyck ist der Schulanfänger-Richter als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

(W. A. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 25. April. Aus Chambery wird vom gestrigen Tage das ungefähre Ergebnis der allgemeinen Abstimmung gemeldet. Danach haben 45,340 mit „Ja“, 210 mit „Nein“ gestimmt; 750 haben sich der Abstimmung enthalten. Laut Nachrichten aus Chablais hat man daselbst einstimmig mit „Ja“ votiert.

Berichte aus Neapel vom 21. d. melden, daß die Nachricht von einem Aufstande in Trapani und anderen Städten sich nicht bestätigt habe und daß die Verfolgung der Aufständischen fortbauere.

London, 24. April. (S. N.) Nach Berichten aus Calcutta vom 23. März sind in Kabul Unruhen ausgebrochen. — Aus Canton 14. März, wird berichtet, daß die insurrectionelle Bewegung in China immer größere Fortschritte macht. — Shanghai, 8. März. Man berichtet, daß vier den Hafen von Peking heraufziehende Kriegsschiffe der chinesischen Regierung ein Ultimatum überbringen. — In Japan wird die Situation immer schlimmer. Die Fremden leben in großer Verunsicherung. In den Straßen von Yokohama (?) sind zwei holländische Capitaine ermordet worden, ohne von ihrer Seite die Japanesen provocirt zu haben.

Die Wahrheit über den Preussischen Wehrgefeß-Entwurf

ist eine kleine kürzlich erschienene Broschüre des bekannten militärischen Schriftstellers W. Rüstow betitelt. Der Verfasser spricht sich dahin aus:

1. die neu projectirte Organisation leistet militärisch nicht mehr, ja weniger als die bisherige;
2. sie ist verwerflich dem Staatswohl, der freien volksthümlichen Entwicklung und der Volksthümlichkeit des Heerwesens;
3. sie hat den Drang nach neuen, immer verwerflicheren Aenderungen im preussischen Heerwesen zur nothwendigen Folge.

Für diese Sätze führt Rüstow Folgendes an:

Bleibt die Politik Preußens dieselbe kleinliche, so wird ihr keine Heeresveränderung helfen; nur für die bisher beliebte Demonstrationspolitik genügt das neue stehende Heer, das mit wenigstens 15 Mill. Thaler jährlich Budgeterhöhung nach dem neuen Gesetzentwurf zu erkaufen ist; für einen ersten Krieg reicht es nicht aus, auch die 116 übrig gelassenen Landwehrbataillone reichen dazu noch nicht; es muß für einen ersten Krieg immer in die hohen Altersklassen hineingegriffen werden. Die beständige Belastung des Volks mit einem hohen Friedensstande des Heeres erschüttert mehr als bisher den Volkswohlstand; das neue größere Heer erleichtert die Demonstrationen; das Land wird viel mehr hilfsbedürftige Landwehrmänner haben und das übrige Volk wird weniger als bisher im Stande sein, für ihre Familien zu sorgen. Der körperlichen Entwicklung der Nation kann es nur schaden, wenn gerade die jüngeren Klassen, aus denen die zukünftige Generation erwachsen soll, vorweg in die Verkrüppelung durch die Schlachten und in den Verderb durch das Gift des Kriegstypus geschickt werden.

Der gemeine Soldat lernt in 6 bis 8 Wochen das, was er im Militärdienst vollständig lernen muß; militärische Intelligenz, Körperkraft und körperliches Geschick, die Grundlagen der eigentlichen militärischen Erziehung muß er in einer vernünftigen Jugendberziehung, die bis in die Landschulen herunter greift, erwerben; erfolgt diese, so wird nie ein großes in allen Lebenslagen sich tummelndes und kräftiges Subaltern-Offiziercorps fehlen, der Militär-Stat um viele Millionen heruntergehen können und dem Staate die Steuerkraft hierdurch erhalten, wie eine unschätzbare Masse von Arbeitskraft freigegeben. Diese Kräfte werden vielfach ersetzen, was in der Paradeausbildung eines auf lange Präsenz eingestellten Mannes gewonnen würde.

Die mehr als zweijährige Dienstzeit schadet mehr als sie nützt, sofern man nicht die Absicht hat, das Heer dem Volke zu entziehen, oder durch Vermehrung der Zahl der Berufsoffiziere gewissen Klassen ein besseres Avancement zu verschaffen.

Warum, sagt Rüstow, soll der junge Litterat fähiger sein, als der junge Landmann, in kürzerer Frist seine militärischen Kenntnisse zu erwerben? Ist nicht anzunehmen, daß der letztere mehr Sinn für die Natur, mehr Auge für das Terrain, mehr Behilflichkeit, um sich im Bivouac einzurichten und ähnliche Dinge, mitbringen?

Warum soll der Reiter vier Jahre dienen? Hat er mehr zu lernen als der Artillerist, mehr zu lernen als der reitende Artillerist? Warum wird die Reiterei, die von 31,000 Mann auf 42,000 Mann erhöht wird, so begünstigt, daß sie 18 neue Stabs-Offiziere erhält, daß ihre Rittmeister 3. Klasse Escadrons und

Gehalts erhöhungen erhalten, während die ganze Artillerie nur ein Avancement von 9 Stabs-Offizieren erhält, während bei ihr jene Erhöhungen nicht stattfinden und selbst 20 Stabs-Offiziere der Artillerie, welche Abtheilungen von 3 Batterien führen u. als Ueberzählige mit Hauptmannsgehalt fortbestehen sollen?

Woher solche Vorliebe für die Reiterei, in der hauptsächlich der Adel dient, gegenüber der Artillerie, in der das Gegentheil der Fall ist?

Je mehr Berufsoldaten, je mehr Berufsoffiziere, ein Wehrwesen verlangt, desto kostspieliger wird es, desto mehr steigt der Pensionssatz, desto stärker wird das Drängen zur neuen Vermehrung, desto beliebter die Pensionirung von Leuten, die noch lange dienen können, desto unvermeidlicher wird in wenigen Jahren eine neue Vorlage, welche statisch nachweist, daß nicht bloß 63,000 junge Leute, sondern 100,000 eingestellt werden müssen und für sie neue Cadres und mehr Offiziere nöthig werden.

Als Grundzüge einer richtigen Heeresorganisation stellt Rüstow seiner Seite auf: Eine vernünftige Erziehung der Jugend mit Turnen und mit militärischen Übungen; möglichste Beschränkung der körperlichen Mängel, die vom Militärdienste befreiten; 3monatliche Prüfung aller Militärpflichtigen; Beschränkung der Zahl der Berufsoffiziere, ihre qualitative Verbesserung und Beilegung des Begriffes von einem exklusiven preussischen Offiziersstande.

Rüstow glaubt endlich, daß Preußen seine Kriegskraft nicht in einem starken stehenden Heere zu suchen habe und finden könne, sondern nur in der Vermehrung seines Wohlstandes und in der Verallgemeinerung der militärischen Ausbildung, welche das ganze Volk mit einem militärischen wie bürgerlichen Geiste gleichmäßig durchdringen mache, gewinne. Wenn hierin, wie in einer volksthümlichen Regierung, als deren Endziel nicht bloß Steuer- und Vermehrung sich offenbare, und die sich im Innern wie im Aeußern als eine kräftige und nationale zeige wie bewähre, Preußen den übrigen deutschen Staaten vorangehe, so würde es auch jedem Feinde widerstehen können!

Der Grundgedanke der Schrift ist, daß die Heeresreform erstreben müsse, den ganzen gesunden Theil der Nation mit soldatischer Bildung zur persönlichen Tüchtigkeit, zum Selbstbewußtsein zu führen, das Heer in seinem Gebiete zur Schule des Nationalcharacters, deutscher Kraft und deutscher Mannes-Ehre zu machen. — Mag die Entwicklung, die Form manche Schwächen haben, so ist doch das Princip ein richtiges und deshalb das Schriftchen der Beachtung werth!!

Landtags-Verhandlungen.

42. Sitzung des Abgeordneten-Hauses am 25. April.

Fortsetzung der gestern abgebrochenen Debatte über die Petition des Rabbins Suro.

Der Justizminister entwickelt nochmals die so vielfach und namentlich im Herrenhause auseinandergelegten Gründe über die Nichtzulassung der Juden zu Richterämtern und zwar hauptsächlich und namentlich wegen der Eidesabnahme. Wenn es auch dahingestellt bleiben mag, ob es dem religiösen Bewußtsein eines Juden entspreche, einen christlichen Eid abzulegen, so sei es doch jedenfalls eine Verletzung des schwebenden Christen, den Eid in die Hände eines Nichtchristen abzulegen, wie ja auch der christliche Richter keinen jüdischen Eid annehmen. Treten aber solche Hindernisse in Betreff der Eidesabnahme ein, so sei es selbstredend, daß dann ein jüdischer Richter die allgemeinen Erfordernisse eines Richters nicht besitze. Es seien ihm allerdings Wünsche jüdischer Gemeinden vorgetragen worden, den specifisch jüdischen Eid abzuschaffen, von den beiden positiv christlichen Kirchengemeinschaften seien aber seither noch keine Wünsche um Abschaffung des confessionellen Eides ausgesprochen worden. Deshalb passe auch das gestern angezogene Beispiel anderer Länder gar nicht, da dort die Eidesnorm nicht die geringste confessionelle Beimischung habe.

Bei uns habe sich im Volke auch nicht einmal der Gedanke befähigt, daß es möglich sei, einen christlichen Eid in die Hände eines Juden niederzulegen. Man werde deshalb bei dem stehen bleiben müssen, was in unserem Lande seither gelehrt war und ist, und nach seiner Ansicht würde es bei uns, nach den jetzigen im Volke wurzelnden Einrichtungen weit eher möglich sein, einen Juden zum Justizminister, als zu einem Richter zu machen. Deshalb habe er allen jüdischen juristischen Studirenden jedesmal beim Beginne ihres Studiums eröffnen lassen, daß sie auf eine Beschäftigung als Richter nicht würden zu rechnen haben, daß ihnen dagegen der Zutritt zu dem Advokaten-Amte offen stehe.

Was nun aber die Argumentation in Betreff des Sabbaths anbelange, welcher die Juden verhindere, ihre amtliche Pflicht am Sabbath zu erfüllen, so greife der Vergleich in Betreff der jüdischen Soldaten nicht Platz, da es sich bei den Letzteren nur um rein körperliche Verrichtungen handle, während man andererseits behauptet, daß nach dem jüdischen Ritus nur geistige Verrichtungen am Sabbath verboten seien. Man habe nun allerdings gesagt, man möge es dem Gewissen der jüdischen Beamten überlassen, sich in dieser Beziehung mit ihren Religionsführern bei jüdischen Stammesgenossen berathe, so widerspreche es doch den allgemeinen Rechtsansichten, von den Beamten etwas zu verlangen, was ihrem religiösen Bekenntnis zuwiderlaufe. So hätten in mehreren Fällen jüdische Geschworene ihre Dispensation wegen ihrer jüdischen Feiertage unter Berufung auf die religiösen Vorschriften verlangt, woraus hervorgehe, daß das Bedenken nicht bloß theoretisch, sondern practischer Natur sei. Der Behauptung, daß durch das mehrfach angeführte Rescript den Juden die Zulassung zur Verwaltungs-Carriere verweigert werde, müsse er entschieden widersprechen. Auch nicht Einer sei bis jetzt mit der Behauptung aufgetreten, zum Auscultatorien deshalb zugelassen zu werden, um sich der Verwaltungs-Carriere zu widmen, wie denn überhaupt nur Einer der Aspiranten wirklich dies gethan habe. Er erkenne vollkommen die geistige Befähigung und die sittliche Führung der Juden an und er sei weit entfernt davon,

ihnen die Entwicklung dieser geistigen Befähigung irgend wie verfahren zu wollen. Allein die Beschränkung müsse den Juden auferlegt werden, welche der Schutz der staatlichen Grundeinrichtungen erfordere, und wenn er dies verheißt, glaube er auf die Zustimmung des größten Theils der Bevölkerung rechnen zu können. Möge man deshalb ruhig den Fortschritt unserer Gesetzgebung abwarten, ob es dennoch vielleicht möglich sein werde, nach und nach diejenigen Schranken zu beseitigen, welche jetzt im Interesse der Grundlagen des Staats noch aufrecht erhalten werden müssen. — Abg. Dr. Falk spricht gegen den Commissions-Antrag.

Abg. v. Binde (Hagen): Wenn der Abg. v. Blandenburg gestern ausgesprochen, daß ein künftiges Ministerium die Sache anders auffassen könne, so glaube er nicht, daß dies nach den obwaltenden Verhältnissen jemals in Preußen werde geschehen könne. Wollte man dies erwarten, so müßte man zu jeder Verfassungs-Bestimmung einen Commentar hinzufügen. Das alte Ministerium, von dem noch einige schwache Ueberreste geblieben, habe allerdings in entgegengelegter Weise gehandelt. Was die Zulassung der Juden zu den Kreisräthen anbetrifft, so habe im Commissions-Bericht die frühere Erste Kammer vom Jahre 1850 die jeßige Auffassung der Regierung ausdrücklich bekräftigt. (Hört, hört!) Der Sinn der Verfassung sei vollkommen klar, namentlich in Bezug auf die zu den Aemtern, wenn er auch constatiren müsse, daß, wie der Bericht nachweise, der Minister des Innern in seiner Auffassung von der des Justizministers vollkommen verschieden seien, da der letztere die Juden auf Grund der Verfassung zu Aemtern zuläßt, während der letztere sie in Ansehung gewisser Aemter davon ausschließt. Was die Zulassung der Juden zu Richterämtern anlangt, so berufe er sich auf seine vorjährige Ausführung.

Ueber den Satz des Ministers, daß Juden weit eher Justizminister, wie Richter werden könnten, wolle er nicht streiten, doch glaube er, daß es leichter sei Justizminister, wie Richter zu werden. (Heiterkeit.) Auch der Ausführung des Justizministers in Betreff der militärischen Pflicht der Juden könne er nicht beitreten. Man habe einen Vertreter des Kriegsministeriums am Ministertische und es frage sich nur, ob er autorisirt sei, sich auch über diese Materie zu äußern. (Heiterkeit.) Wenn es nun aber bei den Soldaten darauf ankomme, Jemanden todtschießen, oder mit dem Bajonet zu durchbohren, so werde doch der Justizminister nicht behaupten, daß dies nur eine rein körperliche Arbeit sei (schallendes Gelächter), oder wolle man den jüdischen Soldaten am Sabbath vom Todtschießen oder Todtschlagen dispensiren? (Gelächter.) Im Uebrigen habe der Soldat auch eine theoretische Schule durchzumachen, und das sei keine körperliche Arbeit. Außerdem habe er aber am verflochtenen Sabbath den Abg. Dr. B. e. i. t. in diesem Hause anwesend gefunden, und sei derselbe mit Begeisterung den Verhandlungen gefolgt. Derselbe habe ihm bekräftigt, daß dies durch sein religiöses Bekenntnis gestattet sei, und er frage den Justizminister, ob die Thätigkeit eines Abgeordneten keine geistige sei, und ob dieselbe weniger wichtig als die eines Richters sei. (Heiterkeit.) Auch in Betreff der Ausführung des Justizministers wegen der Eidesabnahme könne er demselben nicht beitreten.

Wenn der Justizminister in Betreff der Eidesabnahme diejenigen Bedenken hege, die er nicht theile, so habe der Justizminister die Pflicht, die Veranlassung zu treffen, daß alle Eide nicht durch den Richter, sondern durch Geistliche abgenommen werden. Es sei aber nur ein reines Vorurtheil, daß die Juden keine christlichen Eide abnehmen könnten, und verwerfe denselben deshalb auf die geistige Erklärung seines Collegen, des Ministers des Innern, daß es die Pflicht aller Wohlgelesenen sei, auf eine Befreiung dieses Vorurtheils hinzuwirken. — Dies sei vor allem die Pflicht eines preussischen Ministers. Die Sympathie, welche er dem Abg. v. Blandenburg vor einigen Tagen entgegengetragen, sei etwas abgeklungen, durch die Art und Weise wie derselbe gegen die jüdische Religion, welche die Basis für die christliche Religion bilde, aufgetreten, und er sage dem Abg. B. e. i. t. seinen Dank, daß er demselben nicht auf diesem Gebiete gefolgt. Gerade die Liebe, das Fundament der christlichen Kirche sollte hier entscheidend und bei der Abstimmung über die vorliegende Angelegenheit maßgebend sein.

Der Minister des Innern: Er habe nur im Auftrage des heute durch Unwohlsein verhinderten Handelsministers eine Erklärung abgegeben. Das in dem Commissions-Bericht angefangene Rescript in Betreff der Nichtzulassung der Juden zum Feldmesser - Examen sei aufgehoben worden. (Beifall.) Ebenfalls hätte er Auftrag auszusprechen, daß das vorerwähnte Rescript vom Jahre 1853, wonach jüdische Baumeister nicht im Staatsdienste beschäftigt werden sollen, kein Circulär-Rescript, sondern nur eine Entscheidung für einen speciellen Fall gewesen sei.

Der Cultusminister verteidigt den Standpunkt, den er zu der vorliegenden Angelegenheit eingenommen und wonach Juden nur zu Lehrerämtern an solchen Schulen zugelassen werden sollen, welche keinen confessionellen Character haben. Der Minister führt hiernach aus, daß er persönlich durchaus nicht die mindeste Antipathie oder das mindeste Vorurtheil gegen Befürworter der jüdischen Religion habe und sogar mehrere derselben zu seinen vertrauten Freunden zähle. Allein nicht dies, sondern die Aufrechterhaltung der staatlichen Grundeinrichtungen seien hierbei maßgebend. Er habe nicht die Absicht, ältere Gesetze, namentlich das Gesetz vom Jahre 1847 anzuziehen, sondern er stelle sich vollkommen auf den Boden der Verfassung.

Allein sei denn der Staat durch die Verfassung ein religionsloser geworden, sei man dahin gekommen, von der religiösen Grundbasis des Staates abstrahiren zu können? Das werde Niemand behaupten wollen und der Artikel 14 der Verfassung spreche es klar und deutlich aus, daß bei allen Staatseinrichtungen die christliche Religion zu Grunde gelegt werden solle. Mit dem Staat-bürgerrecht sei den Juden das Recht der Vertretung, so wie der Zugang zu den öffentlichen Aemtern unzweifelhaft gewährt, und wie er schon früher ausgeführt, sei dies eine Sache der Gerechtigkeit. Wenn der Jude an den Lasten des Staats Theil nimmt, wenn er bei der Vertheidigung des Vaterlandes mit seinem Blute mitzuwirken berufen sei, so habe er auch Anspruch auf die staatsbürgerlichen Rechte. Allein die Frage sei die, da bei den staatsbürgerlichen Rechten von dem religiösen Bekenntnis abgesehen werden soll, sei auch die Schule religionslos geworden, oder sei sie nicht vielmehr recht eigentlich eine solche Staatseinrichtung, bei der die christliche Religion zur Grundlage genommen werden müsse?

Die Frage müsse bejaht werden, denn es handle sich hier nicht allein um Unterricht, sondern namentlich um Erziehung, und unsere Nationalbildung sei ihrer Grundlage nach eine rein christliche, sie beruhe auf dem Christenthum. Nicht bloß das Schul-, sondern auch das Aufstiegs-Personal werde hiernach nicht aus Juden bestehen können und glaube er hierbei sich auf die Sympathie des größten Theiles der Bevölkerung stützen zu können. Um dann die religiöse Grundlage der Schulanstalt darzuthun, gebe der Minister auf eine ausführliche Darlegung des specifischen Characters der verschiedenen Schulen ein.

Abg. v. Blandenburg wendet sich ausschließlich gegen den Abg.

v. Vinde (Hagen). Was den Vorwurf anbetreffe, daß er in seiner getrigen Rede es an der nötigen Achtung gegen die jüdischen Mitbürger habe fehlen lassen, so treue er sich über denselben, da er ihm Gelegenheit gebe, nochmals es auszusprechen, wie er persönlich die höchste Achtung gegen die Juden und nie mit ihnen etwas vorgehabt habe. Aber es handle sich hier nicht um Personen, sondern um das Prinzip, daß die Juden zu obrigkeitlichen Aemtern zugelassen werden sollen. Er wolle gern mit Juden aus einem Glase trinken und in einem Bette schlafen (schallendes Gelächter), ehe er ihnen die obrigkeitlichen Aemter zugestehen könne. Den geltend gemachten Vorwurf der Auffachlung müsse er für sich und seine Parteigenossen entschieden ablehnen, denn man werde es nicht auffacheln nennen, wenn man sich mit Petitionen gegen die Emancipation an das Haus oder an die Regierung wendet. Im vorigen Jahre hätte man ihm gesagt, daß er mit zu viel Achtung von den Juden gesprochen, heute werfe man ihm vor, daß er zu wenig Achtung gezeigt. Daß Alles ihm und seiner Partei zur Last gelegt werde, sei er schon gewöhnt, sie spiele jetzt beinahe dieselbe Rolle, welche die Juden selber früher gespielt hätten. Er bleibe wie früher bei der Auffassung stehen, daß die Verhältnisse der Juden im Wege der Gesetzgebung geregelt werden müßten, und daß der Art. 12 der Verfassung nicht die Tragweite habe, die man ihm jetzt unterlege. Wenn über die Frage aber, ob Juden Schulzen oder Kreisrichter werden sollen, im Lande abgestimmt werden würde, so würde sich nur eine winzige Minorität dafür aussprechen.

Abg. Dr. Riedel setzt auseinander, daß alle Gründe, welche seit her gegen den Commissions-Antrag geltend gemacht worden, ganz und gar hinfällig seien. Der Handelsminister sei, wie man heute zu großer Freude vernommen, von dem eingeschlagenen Wege abgewichen, nur der Justizminister sei noch der Einzige, welcher das Ministerial-Rescript vom Jahre 1851 aufrecht erhalte. Sollte aber das verfassungsmäßige Recht der Juden eine volle Wahrheit werden, dann müßten aber auch die jetzt noch im Ministerium selbst herrschenden Meinungsverschiedenheiten über diese Frage beseitigt werden.

Der Minister des Innern: Er müsse es entschieden in Abrede stellen, daß in Betreff dieser Frage bei dem Ministerium verschiedene Gesichtspunkte obwalteten, da im Gegentheil ganz bestimmte Prinzipien festgestellt seien, und er sonach eine Meinungsverschiedenheit der verschiedenen Minister bestreiten müsse. Er seinerseits ersuche über die Petition zur Tages-Ordnung überzugehen.

Der Referent Abg. Winter, vertheidigt kurz den Commissions-Antrag. (Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Berücksichtigung.) Man schreitet zuvor zunächst durch Namensaufruf über den Antrag des Abg. v. Arnim (Neu-Stettin) auf Uebergang zur einfachen Tages-Ordnung zur Abstimmung. Der Antrag wird mit 169 gegen 110 Stimmen abgelehnt.

Die Minister stimmen dafür. Ebenso die Fraktionen Blandenburg, Neichenperger und ein Theil der Fraktion Walbis. Dagegen die Fraktion v. Vinde und die Polen. Der Commissions-Antrag ist sonach angenommen.

Nächste Sitzung Freitag.

Deutschland.

Berlin, 25. April.

** Die Antworten der Großmächte auf die Noten des Bundesrathes vom 19. März und 5. April liegen nunmehr ihrem Wortlaut nach vor. In allen vermißt man die Entschiedenheit, welche in einer so klaren und bedeutungsvollen Sache nöthig wäre. Was Fürst Gortschakoff gesagt, haben wir bereits mitgetheilt. Lord J. Russell spricht (Depesche vom 3. April) „von dem hohen Interesse, welches die britische Regierung für die schweizerische Eigenschaft empfindet“ und verspricht die „aufmerksame Berücksichtigung“ der wichtigen Sache. Damit ist es zu Ende. — Graf Rechberg's längere Depesche vom 8. April setzt ruhredig auseinander, wie Oesterreich stets die Neutralität der Schweiz gewahrt, und wie der Bundesrath deshalb nicht werde zweifeln können an der Bereitwilligkeit Oesterreichs, „jede Combination zu unterstützen, die geeignet wäre, die Schweiz zu beruhigen und die Aufrechterhaltung ihrer Neutralität vor jeder Gefährdung zu sichern.“ Aber — diese Aufgabe hat „Schwierigkeiten.“ Doch erblickt Graf Rechberg in der von Frankreich eingegangenen Verpflichtung, sich mit der Schweiz und den garantirenden Mächten zu verständigen, gerechten Grund zu der Erwartung, daß die Frage eine den legitimen Interessen entsprechende Lösung finden werde. — Von Herrn von Schleinitz sind beide Noten des Bundesrathes in zwei Depeschen vom 30. März und 14. April beantwortet worden. In der ersten sagt Herr v. Schleinitz, daß die in Rede stehende Frage die „ernstliche Aufmerksamkeit“ des preussischen Cabinets auf sich ziehen müsse und versichert, daß sich dasselbe mit den übrigen Mächten und der Schweiz „über die geeigneten Mittel zur Herstellung alles dessen eine Verständigung herbeizuführen bemühen werde, was die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz zu beeinträchtigen vermöchte.“ In der zweiten Depesche erklärt Herr Schleinitz, die preussische Regierung sei bereit, sich an einer Conferenz der 8 Mächte, welche die Wiener Verträge unterzeichnet, zum Zweck einer Besprechung der vorliegenden Frage zu betheiligen.

BC. Die Grundsteuervorlagen der Regierung werden am nächsten Donnerstag im Plenum des Herrenhauses zur Berathung kommen.

(N. B. Z.) Nachdem das aus je vier Unteroffizieren, den betreffenden Hauptleuten und Batterie-Chefs der drei in gezogene Batterien umzuwandeln den 12pfündigen Batterien je eines Artillerie-Regiments, ferner aus den sämtlichen Artillerie-Regiments-Kommandeuren und Generalen bestandene Kommando zur Ausbildung in den Exercitien mit gezogenen Kanonen nach 14-tägiger Uebung aufgelöst ist, soll nunmehr, wie man hört, mit dem 1. Mai diese neue Art von Geschossen in der Preussischen Armee allgemein eingeführt werden.

Demnächst steht eine Reduction der Fußartillerie von 162 auf 152 Mann und von 67 Pferden auf 40 für die Batterie, so wie die Entlassung aller im vierten oder fünften Jahre dienenden Kanoniere zu erwarten, selbst wenn durch diese Maßregel die Zahl der Mannschaften nicht mehr den neuen Etat erreichen sollte.

Wie die „A. A. Z.“ aus Frankfurt meldet, wird am 15. Mai d. J. die 4. Postconferenz zusammengetreten, welche bereits im vergangenen J. dreimal haben sollte. Auf dieser Konferenz, bei der auch der Fortbestand des Deutsch-Oesterreichischen Bostvereins zur Sprache kommen wird, sollen mehrere neue Reformen beantragt werden. Zunächst soll es sich um die Ausübung einer gleichmäßigen Eintheilung des Zolpfundes, Beseitigung des Frankirungszwanges für recommandirte Briefe und um die Herabsetzung einiger Minimal-Jahrespost-Portosätze handeln.

Schweiz.

* Genf, 20. April. Die Anwesenheit Sir Robert Peel's in unserer Stadt wurde vor einigen Tagen dazu benutzt, ihm einige Ehrenschänke zu überreichen als Dank für sein entschiedenes Eintreten für die Rechte der Schweiz im Parlamente. In der Rede, die er bei dieser Gelegenheit hielt, spricht er in warmen Worten seine lebhafteste Theilnahme für die Schweiz aus, gesteht mit scharfen Seitenhieben den „unerbittlichen Ehrgeiz“ Frankreichs, das Alles nehmen, Alles accapariiren will, anerkennt die Gefahr, welche der Schweiz durch den Anschluß von Savoyen an Frankreich erwächst und erklärt, daß die Wegnahme der Provinzen Chablais und Faucigny durch Frankreich ohne die Zustimmung Europas, mit Hinzugewegung über die Rechte der Eigenschaft und über die Heiligkeit der Verträge, und unter dem Knall einer trügerischen Abstimmung nicht allein eine vorbedachte Injult auf die Schweiz ist, sondern auch eine Herausforderung gegen die Mächte, die diese nicht verteidigen können, ohne sich selbst eine Schmach aufzuladen und die internationalen Rechte erdrücken zu lassen, auf welchen das öffent-

liche Recht Europas ruht. Der Redner ist überzeugt, daß das französische Volk nicht einverstanden mit der Politik seiner Regierung und nicht fähig ist, aus eigenem Antriebe heute die Freiheit der Italiener zu erkämpfen und morgen die freien Institutionen der Schweiz zu ersticken. Schließlich ermahnt er die Schweizer, einig zu sein und treu den republikanischen Einrichtungen zu bleiben. „Und wenn ich ein Fremder oder eine fremde Regierung, welches immer ihre Macht sei, die Hoffnung nährt, die Eidgenossen könnten sich schmachvoll vor ihnen beugen, so sagt ihnen: Ihr täuscht euch! man verliert nicht das Gedächtnis einer glorreichen Vergangenheit, man schlägt sich für Haus und Kinder und Vaterland, aber man ergiebt sich nicht! Sagt ihnen: Jahrhunderte nationaler Unabhängigkeit wischt man nicht weg, wischt man nie weg, so lange der Schweiz eine Handvoll Schützen bleibt, die sich um das weiße Kreuz der eidgenössischen Fahne schaaren!“

Frankreich.

Paris, 23. April. Graf Persigny hat Paris noch nicht verlassen. Er reist erst nach dem Feste, das am 24. bei der Herzogin von Alba stattfinden wird, nach London zurück. — Sicherlich Vernehmen nach kommt der Großfürst Michael von Rußland Ende dieses Monats nach Paris. Er befindet sich gegenwärtig in Nizza bei der Kaiserin-Mutter von Rußland. — Nach der „Patrie“ ist noch nichts darüber bestimmt, bis wann die französische Occupation Roms aufhören soll. Bis jetzt ist noch kein Befehl in dieser Beziehung ertheilt worden. Falls die Franzosen von Rom abziehen, werden sie aber jedenfalls eine Garnison in Civita Vecchia lassen. — Wie verlautet, wird die österreichische Regierung auf den Rath des Erzherzogs Max auch Venedig eine Verfassung, ähnlich der ungarischen, geben.

Man spricht von Enthüllungen Ortega's, welche den Gemahl der Königin Isabella compromittiren sollen, und es scheint nun ausgemacht, daß in Spanien keine weitere Hinrichtung erfolgen, sondern die anderen Insurgenten sämtlich begnadigt, die gefangenen Prinzen über die Grenze geschafft werden sollen. — Die kaiserliche Yacht l'Algle wird in Cherbourg hergebracht, um sich von dort nach Marseille zu begeben und im Mai Ihre Majestäten nach Nizza zu bringen. Der Kaiser ist gestern ein wenig leidend gewesen, hat aber doch nach der Messe wie gewöhnlich empfangen.

Paris, 24. April. (R. Z.) Laut Nachrichten aus Florenz vom 23. April hatte der König sich nach Livorno begeben, Dienstag wollte er nach Pistoja und Lucca, Mittwoch nach Siena und Donnerstag nach Arezzo gehen.

Der Handels-Minister hat eine von 97 Papier-Fabrikanten unterzeichnete Auseinandersetzung des Schadens erhalten, den die freie Lumpen-Ausfuhr den französischen Papier-Fabriken zufügen muß: England fabricirt jährlich für 150 Mill. Papier, aber es hat keine Lumpen; wenn Frankreich ihm seine Lumpen franco überliefert, wird das englische Papier die Welt beherrschen; ergo muß die Prohibition aufrecht erhalten werden.

Italien.

Turin, 21. April. Die Berichte aus Sicilien lauten fortwährend bedenklich. Man spricht von 20—25,000 Insurgenten, welche in der Umgebung von Palermo auf dem flachen Lande und in den Bergen sich behaupten. Einer der Briefe meldet von 1000 königlichen Soldaten, die gefallen sein sollen, und alle berichten von sehr lebhaften Kämpfen. Messina war so zu sagen verödet. Am 16. war Alles verschlossen, und Patrouillen durchzogen schweigsam die Straßen. Die Consuln hatten sich auf die Schiffe ihrer Nationen zurückgezogen. General Ruffo hatte aufgeführt, die Stadt von der Citadelle aus zu beschießen; Verstärkungen waren eingetroffen. Zum allgemeinen Erstaunen hörte man, daß die ganze Provinz im Aufstande sich befand. In Melazzo, Barcellona und Patli schlossen sich die Truppen in den Citadellen ein. Barcellona schien das Hauptquartier des Aufstandes zu sein. Man machte Vorbereitungen, die Regierungstruppen zu belagern. Die Jugend des Landes eilte aus allen Gegenden herbei. In Trapani capitulirte die Garnison, die provisorische Regierung war etabliert, und man glaubt, sie habe die Annexion mit Sardinien ausgeprochen. Auch die palermitanischen Regierungstruppen haben bei einem Ausfalle Insurgenten Fahnen abgenommen, auf welchen die Aufschrift „Annexion“ zu lesen war. Auch Syracus und Catania sollen in den Händen der Aufständischen sein: doch liegen hierüber bloß vage Andeutungen vor. Man ist der Ansicht, daß das südwestliche Festland im Inversitätsverhältnisse mit der Insel handle. In Palermo sollten 13 mit den Waffen in der Hand gefangene Exceute erschossen werden; die drohende Haltung der Palermitaner habe jedoch diese Execution verhindert. Neapel ist ruhig, und in der Umgebung des Königs thut man, als ob nichts vorgefallen wäre.

Florenz, 19. April. Der Empfang Victor Emanuels in Florenz muß allen denen, welche so glücklich waren ihm beizuwohnen, ewig unvergesslich bleiben; es war ein einziger historischer Moment. Der König selbst hat es gefühlt, und die Tausende, die ihm den Triumphzug gebildet, waren sich dessen bis in das Tiefste der Seele bewußt. Die anglo-germanischen Racen geben ihre Freude in physischer Erregtheit und toben dem Jubel kund — nicht so der Central-Italiener. Dort biegt der königliche Zug um die Ecke, Alles ist still und lautlos, der Athem wird angehalten. Man schaut das offene Antlitz des ritterlichen Königs: Thränen entströmen Aller Augen, und ein festes ununterbrochenes Erviva donnert durch die Lüfte. Dieses Volk ist mit Leib und Seele im nationalen Gedanken und wird keinen Schritt zurück thun. Der König beginnt schon Morgens fünf Uhr die Sebenswürdigkeiten der Stadt und Umgebung in Augenschein zu nehmen. Wo immer Victor Emanuel und Camour sich blicken lassen, sind sie Gegenstand der wärmsten Ovationen. In dem Festprogramme der Woche ist fast jeder Tag bedacht.

Ein bei Lloyd's in London eingetroffenes Schreiben des Agenten jenes Etablissements in Messina vom 14. April enthält Folgendes: „Die Stadt ward am Morgen des 9. durch ein vom vorübergehenden Tage datirtes Manifest in Belagerungszustand erklärt. Schon seit mehreren Tagen war das Gerücht in Umlauf gewesen, daß der Militär-Commandant beabsichtige, den ersten plausiblen Vorwand zu benutzen, um das Kriegsrecht zu verhängen, und daß er den Truppen, um sie in ihrer Treue zu bestärken, versprochen habe, er werde ihnen die Stadt zur Pflanzung überlassen. Wenige verständige Leute schenken einem so außerordentlichen Gerüchte Glauben, bis der Oster Sonntag heran kam, wo es bei dem durch das Fest und das schöne Wetter verursachten Zusammenfluß von Menschen leicht war, Confusion hervorzurufen. Das Militär feierte, und der Platz ward sofort auf allen Punkten ohne den geringsten Widerstand von den Truppen besetzt. Obgleich am Montag und Dienstag Alles ruhig blieb, so ward doch am Mittwoch eine Proclamation erlassen, welche die Stadt in Besetzung und Schrecken versetzte. Die am Tage vom Lande zurückgekehrten Bürger schickten sich an, mit beschleunigter Schnelligkeit dorthin zurückzukehren. Eine eindruckliche Vorstellung der fremden Consuln jedoch bewog den Commandanten, einen zweiten, mit den Gesetzen der Civilisation mehr in Einklang stehenden Tagesbefehl zu erlassen. Man nimmt an, daß zwei Drittel der Bewohner die Stadt verlassen haben. Der Rest würde gern folgen, wenn er nur die Mittel dazu hätte.“

Spanien.

Aus Madrid, 23. April, wird telegraphisch gemeldet, daß die maroccanischen Bevollmächtigten am Samstag in Tetuan eingetroffen und sofort die Verhandlungen wegen des definitiven Friedensschlusses eröffnet worden sind. Die afrikanische Armee wird zwischen dem 6. und 12. Mai ihren feierlichen Einzug in Madrid halten. — Ueber die Verhaftung des Bräutenden und seines jüngeren Bruders erfahren wir jetzt folgendes Näheres: Die Gensdarmrie hatte während der Nachtzeit im Dorfe Adecon das Haus eines gewissen Gondalla, wo der Präsident verhaftet sein sollte, umstellt. Da die Aufforderung zur Oeffnung des Hauses erfolglos blieb, so drang ein Gensdarm durchs Fenster ins Innere des Hauses ein. Die Insanten wurden in den Kleidern getroffen und machten weiter keine Schwierigkeiten. Nachdem sie erklärt, sie ständen der bewaffneten Macht zur Verfügung, wurden sie nach Tortosa in Gewahrsam abgeführt.

Danzig, den 26. April.

** Wie man aus Berlin mittheilt, wird bei Gelegenheit des Besuchs Sr. Königl. Hoheit des Prinz-Regenten zur Eröffnung der Cypotfahner Eisenbahn eine Zusammenkunft mit dem russischen Kaiser an der preussisch-russischen Grenze stattfinden.

** [Schwurgerichts-Verhandlung gegen die Wittve Klöße wegen Mordes ihres Gatten und ihrer Großtante und Brandstiftung, vom 19.—25. April.] Die Angeklagte, Wittve Caroline Klöße, geb. Liede aus Trutenau, geboren im Jahre 1821, evangelischer Confession, noch nicht beirathet, seit 1842 mit Jacob Klöße, ehemals Leineweber, später Todengräber zu Trutenau, ist groß und kräftig von Wuchs und es prägt sich in ihrer ganzen äußeren Erscheinung die Energie eines schnellen Willens und die ganze Leidenschaft einer sinnlichen Natur und eines Charakters aus, der bei der Wahl der Mittel, die zum Ziele führen, ebenso schnell entschlossen, als gewissenlos ist. Die Angeklagte lebte mit ihrem Manne und der Wittve Regenbürger, ihrer Großtante und einer 12jährigen Pflegetochter (Auguste Haate) in der Trutenauer Kirchentathe. Die Ehe war kinderlos und nicht glücklich. Der Mann, schwächlich und gleichgiltig, hatte keinen Einfluß auf seine Frau, die einen zügellosen und unstillbaren Lebenswandel führte. Insbesondere stand sie in einem sehr vertrauten Verkehr mit dem Trutenauer Pächter Eduard Borzizowski. Am 22. Februar vorigen Jahres starb der Todengräber Klöße so plötzlich, daß der Verdacht entstand, sein Tod sei kein natürlicher gewesen. Wenige Tage darauf am 24. Februar, starb ebenso plötzlich die Wittve Regenbürger, die Großtante der Angeklagten. Auf Anordnung der Behörden sollte die Leiche des Klöße vor der Beerdigung einer Section am 27. Februar unterzogen werden. In der Nacht vor der anberaumten Section brannte die Kathe, in der die Klöße'schen Eheleute gewohnt, vollständig nieder; die beiden Leichen wurden indeß noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht und konnte die Section am Sonntage an der Leiche des Klöße vorgenommen werden. Diese, wie die später erfolgte chemische Untersuchung ergab, daß eine Vergiftung durch Arsenik den Tod herbeigeführt habe. Der Verdacht der Vergiftung fiel sofort auf die Angeklagte, die den Brand der Kathe begleitenden Umständen leiteten den weiteren Verdacht auf dieselbe, daß sie die Kathe angezündet, um die Leichen zu beseitigen. Die spätere Section der Leiche der Wwe. Regenbürger zeigte im Magen, Leber, Milz u. d. d. dieselben Erscheinungen, wie bei der Leiche des Klöße. Obgleich die chemische Untersuchung kein Arsenik nachwies, so erschien es doch unzweifelhaft, daß auch die Wwe. Regenbürger an Vergiftung gestorben.

Die Angeklagte wurde am 28. Februar 1859 an das hiesige Criminalgefängniß abgeliefert und nach einer sehr ausführlichen und langen Voruntersuchung wurde gegen die Klöße folgende Anklage festgestellt:

- 1) ihren am 22. Februar 1859 verstorbenen Gemann, den Todengräber Johann Jacob Klöße vorsätzlich und mit Ueberlegung und zwar durch Verbringung von Arsenik getödtet zu haben;
- 2) die Wittve Regenbürger, welche am 24. Februar 1859 verstorben, vorsätzlich und mit Ueberlegung getödtet zu haben;
- 3) in der Nacht vom 26. zum 27. Februar 1859 die zur Wohnung von Menschen dienende Kirchentathe zu Trutenau vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben.

Die ausführliche Anklageschrift umfaßte ca. 40 Bogen und dauerte deren Verles über 3 Stunden. Herr Staatsanwalt v. Grävenitz führte die Anklage. Als Vertheidiger fungirte Herr Justizrath Martens.

Im Wesentlichen war die Anklage folgendermaßen begründet: Sie findet das Motiv zu dem Verbrechen in der Abicht der Angeklagten mit dem Borzizowski eine Ehe einzugehen, da sie ihrem Mann nicht zugehen und mit ihm eine unglückliche Ehe geführt habe. Die Angeklagte habe, wie festgestellt worden, gerade mehrere Tage vor dem Tode ihres Mannes, nachdem sie schon früher (Mitte Januar) angeblich zur Verfertigung von Ratten durch Vermittelung des Herrn Dr. Dehshläger aus der Rathsapothek Phosphor erhalten, obgleich erwiesenermaßen Niemand etwas davon wisse, daß in der Klöße'schen Wohnung Ratten gewesen, sich aus Danzig Gift und zwar Arsenik verschafft, Klöße sei vollkommen gesund gewesen und habe unmittelbar nachdem er am 21. Vormittags 10 Uhr, einen von seiner Frau ausgenommene frisch gekochten Kaffee getrunken, Erbrechen bekommen und sei ernstlich erkrankt. Wieder die Angeklagte noch die Wittve Regenbürger habe von diesem Kaffee getrunken. Das ganze Verhalten der Angeklagten während der Erkrankung ihres Mannes — sie habe, obgleich sie dieselbe für Cholera gehalten, weder die Hülfe eines Arztes noch des Pfarrers Schwan, der eine Hausapotheke besaß, nachgeholt — lasse ihre vollkommene Schuld unzweifelhaft erscheinen. Außerdem habe dieselbe sogleich nach dem Tode ihres Mannes sich bei dem Pfarrer dafür veranlaßt, daß der Borzizowski die Stelle ihres Mannes erhalte. Auch für die Ermordung der Wittve Regenbürger durch die Angeklagte führt die Anklageschrift eine Anzahl von Beweisgründen an, welche die That wahrscheinlich machen.

In dem Verhör der Angeklagten, welches hierauf folgte, wurde von denselben angegeben, daß sie, obgleich sie anfangs den Klöße nicht beirathen gewollt, doch später dem Wunsche ihres Vaters gern gefolgt sei und auch in den ersten Jahren eine glückliche Ehe mit ihm geführt habe. In Folge einer Geringschätzung ihres Mannes (im Jahre 1855), welche das eheliche Leben getrübt, habe sie den Entschluß gefaßt, sich von ihm scheiden zu lassen und sich mit Ed. Borzizowski, zu dem sie Neigung gefaßt, und mit dem sie in Folge dessen vertrauten Umgang gehabt, zu verheirathen. Nachdem jedoch ihr Mann wieder gesund geworden, habe sie sich wieder mit ihm ausgehört und sich seitdem weder mit Borzizowski noch sonst mit irgend einem anderen Manne eingelassen. Alles, was dem Entgegen angeführt worden, sei unwahr. — In Bezug auf das Gift räumt die Angeklagte ein, habe sie schon geraume Zeit vor dem Tode ihres Mannes eine Flasche Phosphorlathwerge aus Danzig geholt, um die in ihrem Stalle überhand nehmenden Ratten zu vertilgen. Da dieses Mittel gegen die Ratten nichts geholfen, so habe sie sich auf Geheiß ihres Mannes, als sie am 18. und 19. Februar in Danzig gewesen, durch Vermittelung des Herrn Dr. Dehshläger ein besseres Gift verschafft und, nach Hause gekommen, dasselbe ihrem Manne geben wollen, es sei jedoch von ihrer Tante Regenbürger genommen worden und habe sie es seitdem nicht gesehen. (Ueber den Ankauf und Besitz des Giftes hatte die Angeklagte in der Voruntersuchung vollständig Schweigen beobachtet.) In Bezug auf die Vorgänge am Tage der Erkrankung ihres Mannes erklärt Angeklagte, daß sie an jenem Tage um 10 Uhr Vormittags noch einmal ausnahmsweise frischen Kaffee gekocht, während sie sonst den vom Morgen übrig gebliebenen Kaffee zu trinkte. Dies sei aber nur geschehen, weil ihre Tante den vom Morgen übrig gebliebenen Kaffee nicht habe trinken wollen, da er mit Milch von fremden Kühen vermischt gewesen. Daß sie weder Arzt noch Pfarrer zu Hilfe gerufen, als ihr Mann ernstlich krank darnieder gelegen, erklärt sie daraus, daß sie die Besinnung verloren. — Nach dem Tode habe sie an eine Verbindung mit Borzizowski nicht gedacht, sie räumt indeß ein, daß er in der Nacht vom 26. zum 27. Februar bei ihr in der Stube zugebracht und daß sie ihre gesamte gerettete Habe zu demselben getragen habe, um bei ihm zu wohnen.

Die Angeklagte geriet bei ihrem Verhör vielfach mit den Aussagen der Zeugen in Widerspruch. — Ueber die Vernehmung derselben, deren Zahl sich auf ca. 50 beläuft, erwähnen wir für heute nur noch, daß die Schuld der Angeklagten dadurch bestätigt wurde. Das Urtheil der Geschworenen, welches wir heute noch schließend anführen (au etc in Bezug auf Punkt 1 und 3 der Anklage (s. oben) schuldig auf 2: nicht schuldig.

Verlag d. Univ.: Kausl. Jansen a. Magdeburg, Neumann a. Stromberg, Gutsbes. Piepforn a. Karvenbruch.

